



Ein genialer Schachzug*

Wie Bürgermeister, Eltern und Lehrkräfte von der CSU
missbraucht werden

von Hans Grillenberger und Günther Schmidt-Falck

Der Hauptschule gehen die Schüler aus. Das ist keine neue Erkenntnis. Von Berlin bis Bayern weiß man um diese Entwicklung. Die Eltern stimmen mit den Füßen ab. Viele wählen den Weg des höheren Schulabschluss und wollen ihren Kindern ein Zusammentreffen mit Mitgliedern der sog. bildungsfernen Schichten nicht zumuten.

Während in den meisten Bundesländern eine Zusammenlegung von Hauptschule und Realschule ohne ideologische Scheuklappen angegangen wird, reagieren bayerische Schulpolitiker reflexhaft und trotzig mit einem „Hauptschule jetzt erst recht“.

Das alte bayerische bildungspolitische Apartheiddenken gebiert als angebliche Lösung 2005 den Rohrkrepierer „Hauptschulinitiative“. Zwei Beispiele: Dieses Konzept propagiert beispielsweise Modularisierung¹ des Unterrichts als den Königsweg zur Qualifizierung der Hauptschulen. Praktiker schütteln die Köpfe wegen der ungelösten Organisationsprobleme. Heute 2010 befasst sich kaum noch eine Schule ernsthaft mit diesem Thema. Ein zweiter Schwerpunkt der „Hauptschulinitiative Bayern“ sollen die arbeitspraktischen Fächer sein. Der gewerblich technische Bereich (GtB) gehört dazu. Schön und gut. Nur braucht es dazu genügend Fachkräfte, die dieses Fach qualifiziert unterrichten können. Ausgebildete GtB-Fachlehrer gibt es immer weniger; Basis-Fortbildungen für am Fach interessierte Kolleginnen werden aber so gut wie nicht angeboten.

Die „Hauptschulinitiative“ ist steckengeblieben. Die Schülerzahlen gehen weiter zurück. Die Prognosen zu Entwicklung der Schülerzahlen, die 2008 als Planungsgrundlage für langfristige Klassenbildungen von den Schulämtern erstellt wurden, gelten schon zwei Jahre später nicht mehr.

¹ Module bestehen aus mehreren Unterrichtseinheiten mit einem Themenschwerpunkt. Die Lerneinheiten sind inhaltlich und zeitlich abgeschlossen. Das Ziel ist der Erwerb bzw. die Erweiterung der Kompetenzen der SchülerInnen. Die Module sollen klassen- und/oder jahrgangsübergreifend organisiert sein. Welcher Schüler Modul A oder B zu einem Thema besucht, entscheidet die Lehrkraft nach Lernstandserhebungen. Die Leistungen werden zertifiziert, aber nicht im Modul, sondern in der Stammklasse. Gedacht ist an die Fächer Musik, Kunst, Deutsch, Arbeit/Wirtschaft/Technik, Mathematik. So kann beispielsweise in Mathe ein dreiwöchiger Kurs klassenübergreifend zum Thema „räumliches Vorstellungsvermögen“ zeitlich parallel zu den restlichen Klassen durchgeführt werden. Eine benotete Arbeit soll dann in den Herkunftsklassen geschrieben werden. Wie das organisatorisch und auch inhaltlich organisiert werden kann, bleibt das Geheimnis der Bildungsmacher in Bayern.

„Die Zeit ist reif, für eine grundlegende Strukturreform des dreigliedrigen Schulsystems“, sagen viele: zum Teil Eltern, Schulpraktiker, Bildungsexperten. Hinter vorgehaltener Hand auch die Insider in den oberen Etagen der Schulverwaltungen. Nicht so die CSU-Bürokraten; sie stattdessen: „Hauptschule jetzt erst recht“. Dabei wissen alle, dass der dramatische Teil des Hauptschulsterbens wegen immer weniger Schüler erst beginnt. Viele Landgemeinden fürchten leere Schulhäuser, den Verlust des grundlegenden Standortfaktors „Schule“. Die Kommunen sind verärgert, weil ihnen bis in die jüngste Vergangenheit ein Erhalt ihrer kleinen Schulen versprochen wurde. Mit Recht befürchtet nun deshalb die CSU, dass ihr gerade die ländlichen Stammwähler weiter davon laufen.

Zusammenfassend: Die Hauptschule pfeift aus dem letzten Loch - Rettungsversuche greifen nicht mehr - Strukturreformen will man aber in Bayern nicht.

Der Schachzug

Da beginnt der geniale Schachzug der CSU, um ihren Kopf aus der Schlinge zu ziehen. Man stülpt das Problem „Niedergang der Hauptschule“ anders über: den Kommunen! Mit großem PR-Aufwand wurden und werden in den Landkreisen sogenannte Dialog-Foren veranstaltet. Eingeladen sind alle maßgeblichen Funktionsträger aus Kommunen und öffentlichen Einrichtungen. Ihnen wird dort das neueste Konzept aus München „Zusammenschluss von einzelnen Schulen zu Schulverbänden“ verkauft. Diese neuen Schulverbände dürfen sich fortan Mittelschule nennen. So hat das Problem schon einmal einen neuen, geschönten Namen.

Die Kommunen, die sich in den neu zu bildenden Schulverbänden /Mittelschulen zusammenschließen, dürfen nun selbst darüber entscheiden, wo ein Ganztageszug eingerichtet wird, wer den M-Zug bekommt, wo welche arbeitspraktischen Fächer angeboten werden. Und auch darüber, wie lange ein kleiner Standort mit immer weniger Schülern „durchgefüttert“ wird. Genial. Nicht mehr die Regierung bzw. die Schulverwaltung schließt Hauptschulen, die Kommunen selbst sind zuständig, wenn ihre Schulen dichtgemacht werden. Das Problem „Hauptschule“ wird nach unten durchgereicht. Bei den Bürgern kommt an: Hätte sich unser Bürgermeister, unser Gemeinderat im Schulverbund mehr für unsere Schule eingesetzt, gäbe sie es noch. Schuld am Hauptschulsterben sind also die Kommunen selbst.

Schachmatt

Wir wagen zu behaupten, dass das ganze Mittelschulkonzept bereits von Anfang an auf Exitus angelegt war. Die SchülerInnen brechen weg. Von *einer* 4. Grundschulklasse werden in ländlichen Gebieten in Zukunft vielleicht noch 2 oder 3 SchülerInnen auf die Hauptschule wechseln. Es sind also sechs bis acht 4. Klassen nötig, um eine 5. Hauptschulklasse zustande zu bringen. Wo wird die gebildet? Im Dorf A, in der „Kleinstadt“ B? Die Bürgermeister werden kämpfen um ihren Schulstandort, um die Klassen vor Ort. Kommt dann die Klasse auch mit wenigen Schülern zustande, fehlen in den anderen Hauptschulen die Unterrichtsstunden². Sie wollen wieder ge-

² Alle Schulen in einem Schulverbund erhalten ein Stundenbudget, das von einem Koordinierungsrektor verwaltet und verteilt werden soll. Die Höhe des Budgets richtet sich nach der Schülerzahl im Verbund. Dazu gibt es Schülerschlüssel. Eine kleine Klasse mit z.B. 14 S. am Standort A würde von ihrer Schülerzahl her

wählt werden. Bricht die Hauptschule in der Gemeinde weg, werden die Bürger laut protestieren und ihren Bürgermeister verteufeln.

Die Damen und Herren in CSU-Schwarz werden sich vor lauter Unschuld die Hände waschen. Auch sie werden sagen, dass die Kommunen selber schuld sind. Aus München wird dann zu hören sein: Hättet ihr innovativer gearbeitet, besser kooperiert, die Eltern mehr überzeugt, würde es euch noch geben. Wir wollten ja die Hauptschule retten.

Stattdessen kämpfen die Bürgermeister, Rektoren und Lehrkräfte jetzt schon verbissen und ohne Sinn und Verstand um jeden Schüler im eigenen Dorf. Als ob sie damit was bewegen könnten. Es wäre klüger, sie würden sich zusammensetzen und Initiativen samt einem tragfähigen pädagogischem Konzept für eine längere gemeinsame Schulzeit von Haupt- und Realschülern bilden, um dem drohenden Schachmatt durch die Staatsregierung eine mächtige Bauernarmee entgegenzusetzen.

* Der Beitrag wurde als Stellungnahme der GEW Ansbach zum Thema verfasst. Er wird auch im [Magazin AUSWEGE](#) veröffentlicht.

Über die Autoren

Hans Grillenberger ist stellvertr. Vorsitzender und Pressesprecher der GEW Ansbach und Redaktionsmitglied des Magazins AUSWEGE. Günther Schmidt-Falck ist Geschäftsführer der GEW Ansbach und AUSWEGE-Chefredakteur.

Kontakt:

GEW.KVAnsbach@googlemail.com

nicht einmal mit den ihr zustehenden Unterrichtsstunden den Pflichtunterricht abdecken können. Also muss Standort B Stunden abgeben, damit die kleine Klasse erhalten werden kann.